



Auszug aus dem substanziellen Protokoll 181. Ratssitzung vom 12. Januar 2022

4838. 2020/380

Interpellation von Elisabeth Schoch (FDP) und Corina Ursprung (FDP) vom
02.09.2020:

Ausgliederung der Stadtspitäler, Darlegung des aktuellen Projektplans und der Vor- und Nachteile einer Ausgliederung und der möglichen Rechtsformen sowie Sicherstellung von Entscheidungen, die in fachlicher und zeitlicher Hinsicht den Anforderungen an die Führung und die Aufsicht von Spitälern genügen

Der Stadtrat beantwortet die Interpellation (STRB 127 vom 10. Februar 2021).

Dr. Frank Rühli (FDP) nimmt Stellung: Ich werde die Antwort für Elisabeth Schoch (FDP) entsprechend ihren Vorgaben übernehmen. Es geht darum, dass man bei der Antwort der Interpellation die Ausgliederungsbemühung für die Spitäler nach hinten geschoben hat. Dies unter dem Vorwand, dass die Spitalliste verschoben worden sei, deswegen werde das ganze Projekt nach hinten geschoben. Wir sprechen seit ungefähr acht Jahren von einer Ausgliederung. Wie der Stadtrat in seinen Antworten darlegt, gibt es nur Vorteile für die Stadtspitäler. Indem man zuerst die Spitalisten abwarten müsse, zeigt der Stadtrat wenig Leadership. Die Rahmenbedingungen werden sich sowieso verändern. Mit den Antworten zeigt der Stadtrat auf, dass er sich bereits darauf vorbereitet, dem Volk erst in der übernächsten Legislatur einen Vorschlag zu unterbreiten. Der Stadtrat will das heisse Eisen nicht anpacken. Der Stadtrat merkt an, dass das Umfeld sehr dynamisch sei. Gleichzeitig denkt er, dass mit der Spitalliste ein rechtlich stabiler Rahmen gesetzt werde. Dem ist nicht so. Wir haben die Umsetzung der Pflegeinitiative zu erwarten, wir haben Regulative bezüglich Finanzierbarkeit im Gesundheitssystem wie auch Anpassungen an mögliche zukünftige Pandemien. Wer in diesem dynamischen Umfeld von stabilen Rahmenbedingungen träumt, ist wohl eher naiv. Die Spitalliste wird voraussichtlich auf den 1. Januar 2023 in Kraft gesetzt. Gehen wir mal davon aus, dass dem so ist, denn eine Verschiebung wäre nicht das erste Mal. Erst dann fühlt sich der Stadtrat in der Lage, an diesem Projekt zu arbeiten. Das soll dann noch einmal drei Jahre gehen, auch wenn vielleicht vor dem Jahr 2023 mit gewissen Teilen schon begonnen werden kann. Weil man vor den nächsten Wahlen nicht mit einer Weisung und einer Volksabstimmung kommen möchte oder kann, will der Stadtrat dies elegant in die nächste Legislaturperiode schieben. Aus diesem Grund hat er nicht einmal eine Dringlichkeitserklärung des Postulats der SP benötigt, um parallel andere Abklärungen zu machen, die das Ziel haben, eine Ausgliederung weiter nach hinten zu schieben und eine Scheinausgliederung zu prüfen. Wir von der FDP sind vom Stadtrat enttäuscht. Während Hitzefachplanung, Netto-Null und Autostrategie im Gesundheits- und Umweltdepartement (GUD) mit unglaublichem Tempo und überbordender Dringlichkeit behandelt werden, wird dieses wichtige Projekt der Ausgliederung auf die lange Bank geschoben. Klar, die ersten Projekte sind schöne Ziele, mit denen man sich sehr gut positionieren kann.



Die Stadtspitäler haben Besseres verdient. Wir fordern den Stadtrat auf vorwärtszumachen und Bedenken auf der linken Ratsseite proaktiv anzugehen und auszuräumen.

Weitere Wortmeldungen:

Nicolas Cavalli (GLP): *Wir von der GLP haben uns schon seit jeher für eine Umwandlung des Stadtspitals in eine öffentlich-rechtliche Anstalt eingesetzt. Der Hauptgrund ist derjenige der politischen und unternehmerischen Führung und Steuerung. Das Stadtspital soll für die Zukunft gerüstet sein und durch die Umwandlung dynamischer und flexibler agieren. Der Sonderstatus, den das Zürcher Stadtspital hat, ist in der Schweiz bekanntlich fast ein Unikum geworden. Daher gibt es keinen Grund, sich dieser Umwandlung entgegenzusetzen. Ich habe das Gefühl, dass die AL einer alten, nostalgischen Struktur nachtrauert. Es heisst vorwärtsschauen, die Umwandlung vorantreiben und wenn der Stadtrat mit der Weisung kommt, können wir im Detail über alles debattieren. Aus Sicht des Stadtrats gibt es null Nachteile bei der Umwandlung und das ist aus unserer Sicht sehr erfreulich. Aus unserer Sicht müssen die ganzen Rahmenbedingungen geklärt sein. Die Spitalliste ist ein Punkt, die Zusammenführung ist nun durch. Das Thema der stabilen Finanzen ist noch aktuell. Wir sind daher froh, dass der Stadtrat daran ist und uns die beste Variante vorlegen wird. Nun auch mit dem Postulat, das wir vorhin überwiesen haben. Ich wünsche mir von der linken Ratshälfte mehr Vorwärtsgewandtheit. Die Strategie, das Stadtspital als Dienstabteilung zu halten, ist nicht mehr zeitgemäss. Wir von der GLP sind nicht gegen alte Strukturen, sondern für eine zukunftsgerichtete städtische Alters- und Gesundheitspolitik.*

Walter Anken (SVP): *Die Frage 1 war: Warum wird die Verschiebung der Ausgliederung in die nächste Legislatur verschoben? STR Andreas Hauri hat im Jahr 2017 klar gesagt, dass prioritär die Wirtschaftlichkeit der Stadtspitäler verbessert werden muss. Das ist richtig, er hat verschiedene Massnahmen ergriffen. Ich denke an die Spitalleitung, die eingesetzt wurde. STR Andreas Hauri hat mehrere Massnahmen ergriffen, um die finanzielle Situation der Stadtspitäler zu stabilisieren. Das ist ihm zu einem anständigen Teil gelungen. Diese Voraussetzungen sind in diesem Sinne gegeben. Wenn man schaut, welche Vor- und Nachteile die Ausgliederung in eine öffentlich-rechtliche Anstalt hat, sieht man in der Frage 3, dass die Stadtspitäler die dringend benötigten operativen Spielräume erhalten und so viel schneller und dynamischer im Markt reagieren können. Die Stadt ist weiterhin Eigentümerin, es gibt genügend Steuerungsmöglichkeiten. Es ergeben sich klare Trennungen der politischen, strategischen und unternehmerischen Steuerung. Das Angebot an medizinischer Grundversorgung soll wie bis anhin gewährleistet sein. Es sind qualitativ hochstehende Entscheidungen, die vom obersten Führungsorgan im Spitalrat und der Eigentümerschaft erwartet werden können. Die Überführung der Anstellungen des Personalrechts in ein öffentliches Personalrecht wird sorgfältig geplant umgesetzt. Auch die Führung einer Dienstabteilung in der Verwaltung ist anspruchsvoll, aber die Vorgaben und die Erwartungen sind nicht deckungsgleich. Damit das Spital seine Aufgaben weiterhin bestmöglich erfüllen kann, ist eine Herausnahme aus der engeren Verwaltung absolut zentral. Der Stadtrat hat wiederholt seine Absicht geäußert, die Spitäler in eine öffentlich-rechtliche Anstalt umzuwandeln. Wenn man gefragt hat, was die Nachteile einer öffentlich-rechtlichen Anstalt sind, steht in der Frage 3,*



dass es gar keine gäbe. Ich bin erstaunt, dass Marion Schmid (SP) nicht da ist, weil sie vorhin wissen wollte, was die Vorteile sind, wenn man eine öffentlich-rechtliche Anstalt macht. Ich weiss nicht, was für Vorteile ihr noch wollt. Es ist an der Zeit, die Spitäler ausgliedern und ihnen den operativen Handlungsspielraum zu geben.

Marion Schmid (SP): *Ohne das wunderbare Instrument der strukturierten Debatte, fühle ich mich nun doch etwas provoziert, mich zu diesem Thema zu äussern. Walter Anken (SVP) sagte, ich hätte offensichtlich das Gefühl, es gäbe Nachteile bei einer Ausgliederung und es stehe in der Antwort, dass dies nicht der Fall sei. Es stimmt uns etwas kritisch, dass so getan wird, als gäbe es keine Nachteile. Das passt mit dem mehrmals gehörten Argument, dass alle anderen Spitäler auch ausgegliedert seien und es deswegen die optimale Form sei, zusammen. Ich glaube, wir müssen nicht so weit gehen. Man kann beim Unispital Zürich sehen, wie wunderbar grossartig das immer funktioniert mit den ausgelagerten Spitälern. Es gibt grundsätzlich Möglichkeiten, wie Auslagerungen gemacht werden können, ohne dass es so rauskommen muss – aber es kommt sehr auf die Gestaltung an. Wie sind die Rahmenbedingungen, wie sind die Reglemente? Dort ist es interessant zu schauen, was sich der Stadtrat vorstellt und welche Rahmenbedingungen geändert werden könnten, ohne dass es eine Ausgliederung benötigt. Es gibt verschiedene Möglichkeiten, die gut sein können, weshalb wir den Vergleich möchten.*

Andreas Kirstein (AL): *Es ist schon etwas länger her, als ich mich sehr interessiert und engagiert in der Spezialkommission Gesundheits- und Umweltdepartement (SK GUD) mit der Spitalfrage beschäftigt habe. Ich finde es etwas speziell, ausgerechnet in der Situation der Pandemie diese Diskussion anzugehen. Gesundheit als Markt ist etwas, das angerichtet worden ist, das gebe ich zu. Dass genau diese Konzeption eines Gesundheitswesens nun an eine massive Grenze kommt, erkennen wir. Sie konnten lesen, dass der Kanton Graubünden parallel zu einer interessanten Tourismuspolitik mit 800 Veranstaltungen in den nächsten vier Wochen das Gesundheitspersonal, das nicht mehr im Gesundheitswesen arbeitet, dazu verpflichtet, sich auf Listen einzutragen. Zwangsverpflichtung im Gesundheitswesen. Das ist der Markt, von dem sie so fröhlich sprechen. Es gäbe keine Vorteile der bisherigen Situation mit der Dienstabteilung, aber die Gleichen, die das sagen, loben STR Andreas Hauri für einen Haufen Massnahmen und Reorganisationen, die er offensichtlich durchführen wollte – trotz der so genannten Schwerfälligkeit einer Dienstabteilung. Diesen Widerspruch müssen Sie mir erklären. Wenn Sie sich nicht genügend gerüstet fühlen, um über den Einsatz eines Computertomographen zu entscheiden, frage ich mich, wie Sie für die anderen Geschäfte, die wir regelmässig besprechen, gerüstet sind. Diese überfordern meinen zugegebenermassen nicht besonders hohen Verstand und mein Wissen häufig genauso oder noch viel mehr, als mich damals die Themen der GUD gefordert haben. Wir haben teilweise Tarifweisungen in der Energiepolitik, die uns stark an die Grenzen bringen. Die gleiche Thematik hatten wir schon bei der ewz Ausgliederung: Es sei überfordernd. Wir werden alle noch hervorragend mit Strom versorgt, die Wärmeversorgung funktioniert und die Spitalversorgung funktioniert mit den Dienstabteilungen sehr gut. Das andere, was ich höre, sind nur Sprüche. Was heisst zeitgemäss? Das ändert sich ständig. Sie müssen Argumente bringen, wenn Sie ein System ändern wollen, das so gut funktioniert, wie in der Stadt Zürich.*



4 / 4

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltdepartements Stellung.

STR Andreas Hauri: *Wir haben bei der Thematik der Rechtsformbestimmung bereits vor einiger Zeit kommuniziert, wie wir vorgehen möchten. Wir sind tatsächlich auf Kurs, auch wenn gewisse Menschen das Gefühl haben, wir schieben dies auf die lange Bank. Das Erste war, dass wir die Finanzen des Stadtsitals sicherstellen und optimieren mussten. Das Zweite war, dass wir die Angebotsstrategie realisiert haben und nun stark in der Umsetzung sind. Das Dritte war die Zusammenlegung der Dienstabteilung des Stadtsitals Waid und Triemli zum Stadtsital Zürich. Das nächste werden die Spitalliste und die entsprechenden Leistungsaufträge sein. Nachher kommt die wichtige Frage der Rechtsform. Wir wollen ein starkes Stadtsital Zürich mit zwei Standorten und mit einem ambulanten Zentrum. Ich bitte Sie, dass wir offen gegenüber dieser Auslegeordnung sind, die wir machen werden. Im Jahr 2024 werden wir sicher damit kommen. Wir müssen offen gegenüber dieser Variante und einer Lösung, die dem Stadtsital nachhaltige Verbesserungen bringt, sein. Ich glaube, es ist wichtig für den Prozess zur Bestimmung der Rechtsform, dass das link-rechts Schema auf die Seite geschoben wird. Es geht darum, wie wir auch in 10 oder 20 Jahren noch ein starkes Stadtsital haben, zu Gunsten der städtischen oder der kantonalen Bevölkerung. Ich bitte Sie um Offenheit dem Thema gegenüber. Wir kommen mit einer Vorlage und werden diese begründen und vorstellen.*

Das Geschäft ist nach erfolgter Diskussion erledigt.

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat